

# FORUM

Zeitschrift  
für Politik, Arbeit & Kultur  
der SP Uster

[www.forumonline.ch](http://www.forumonline.ch)

Nr. 262

Mai 2021

Kultur- und Begegnungszentrum Uster

## Ein Zeughaus für alle



P.P. Uster

## Editorial



**S**ind Sie bereit für einen Abstimmungsmarathon? Wenn nicht, wird Sie unser FORUM gut darauf vorbereiten: Zu allen wichtigen Abstimmungen finden Sie unsere Erläuterungen in dieser Ausgabe.

**I**n Uster werden wir über den Projektierungskredit für zwei Neubauten auf dem Zeughausareal abstimmen. Es ist ein weiterer Schritt in der Entwicklung des Areals zu einem Kultur- und Begegnungszentrum, welches schon in zwei Volksabstimmungen gutgeheissen wurde. Jetzt, wo es konkret wird, will ein Referendum der SVP den Prozess abklemmen. Lesen Sie auf den Seiten 4 und 5 im Interview mit unserer Stadtpräsidentin Barbara Thalman, weshalb es eine klares JA zu dieser Vorlage braucht.

**G**erade Corona zeigt uns, wie wichtig Kultur, der Service Public und die Umwelt sind. Die regelmässigen Treffen mit Bekannten und Freunden wurden aber massiv eingeschränkt. Ausgang, wie wir ihn kennen, wurde gestrichen. Unterhaltung wurde auf die eigenen vier Wände beschränkt. Die sozialen Kontakte im näheren Umkreis haben sich verbessert, wir gaben und geben mehr Acht auf unsere Nachbarn. Haben Sie auch die Natur als interessante Abwechslung entdeckt? Sind Sie auch mehr in der näheren Umgebung spazieren gegangen? Gehören Sie auch zu denjenigen, welche die regionalen Produkte und gar Bio entdeckten? Das Essen wurde ja nicht verboten. Im Gegenteil, dank diesem Umstand verbesserte sich die Qualität.

**A**uf Vieles mussten wir im privaten Bereich verzichten. Die öffentlichen Dienste aber, ganz besonders die Gesundheitsdienste, haben gerade in dieser Zeit hervorragend funktioniert. Sie gilt es zu erhalten, ja sogar wo nötig zu verbessern, sei es in der Region, im Kanton. Wir danken Ihnen, wenn Sie uns dabei unterstützen.

**E**in Thema ist in den letzten Monaten fast etwas aus unserer Betrachtung gefallen: der Klimawandel. Als Folge der Corona-bedingten Einschränkungen haben sich verschiedene Umweltbelastungen deutlich verringert. Das müsste uns zu denken geben. Ein JA zum CO<sub>2</sub>-Gesetz ist die richtige Schlussfolgerung. Ebenso gilt dies für die Pestizid- und auch die Trinkwasser-Initiative. Auch hier ist ein klares JA richtig.

**Z**um Schluss noch einen Satz frei nach der Menschenrechtskonvention: Jeder Mensch hat das Recht in einer gesunden und geschützten Umwelt zu leben. Denken Sie daran, wenn die Stimmzettel vor Ihnen liegen. Ich vertraue auf Sie.

Peter Mathis-Jäggi, Mitglied GL SP Uster

Aus dem Gemeinderat

## Viel Arbeit im Parlament

**Der Ustermer Gemeinderat kann sich aktuell über mangelnde Arbeit nicht beklagen. Verschiedene wichtige Themen haben uns in den letzten Monaten beschäftigt, von den Finanzen über die Tagesschulen bis hin zum Klima.**

Um die Finanzen der Stadt Uster einigermaßen ins Lot zu bringen, fanden während der Budgetdebatte intensive Gespräche mit der GLP, EVP und den Grünen statt. Die von der SVP beantragte globale Kürzung des Budgets um 5 Prozent machte für uns keinen Sinn, aber in Absprache mit unseren Partnern rangen wir uns bei einzelnen Geschäftsfeldern zu Kürzungen durch.

Im Gegenzug trug die GLP/EVP-Fraktion eine Steuerfusserhöhung mit, ein Schritt, der schon lange angezeigt gewesen wäre. Aufatmen können wir aber noch nicht: Denn wir wissen nicht, wie sich etwa Corona auf die Steuererträge auswirkt.

Die Tagesschule in Niederuster ist seit sechs Jahren in Betrieb, als Provisorium. Sie ist ein grosser Erfolg. Die Aufnahme von Kindern ist durch die räumlichen Strukturen begrenzt und es können nicht alle Anmeldungen berücksichtigt werden. Aufgrund des Erfolges wird die Tagesschule in Niederuster nun in einen Regelbetrieb überführt. Da es aber Sinn macht, nicht nur in einem Quartier eine Tagesschule zu führen, sollen in den folgenden Jahren weitere Tagesschulen in anderen Quartieren dazu kommen. Damit eine Tagesschule in Betrieb genommen werden kann, braucht es aber eine gewisse Vorlaufzeit. Tagesschulen sind ein Gewinn für einen Wohn-



ort, helfen sie doch, dass Beruf- und Familienarbeit gut organisiert werden kann und steigern somit die Attraktivität einer Stadt als Wohnort. Das Klima ist sowohl in den Medien wie auch im Rat immer wieder ein grosses Thema. Der Stadtrat hat hierzu einen Massnahmenplan erarbeitet und dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme zugeleitet. Auch hat die SP zahlreiche Vorstösse in diesem Bereich eingereicht, für Solarstromanlagen auf städtischen Liegenschaften, Asphaltrecycling und Nachhaltigkeitsstandards bei städtischen Bauvorhaben.

Aber auch die Folgen der Corona-Krise verlieren wir nicht aus den Augen: Vom Stadtrat, Primar- und der Sekundarschulpflege wollen wir mit Vorstössen wissen, was es an Massnahmen braucht, um nach dem Abklingen der Pandemie Lücken und Defizite insbesondere in der Bildung und dem Sozialen zu schliessen.

Angelika Zarotti, SP-Fraktionspräsidentin

### IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster

[www.forumonline.ch](http://www.forumonline.ch)

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei Uster

Anschrift: SP Uster, Postfach, 8610 Uster 1

Auflage: 18 000 Exemplare

Erscheinungsweise: mindestens zweimal im Jahr

Layout: Ewald Feldmann, Druck: Ropress Zürich

**Hinweis: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen gesteckt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.**

Eidgenössische Abstimmungen vom 13. Juni: 3 x JA für die Umwelt

# Keine Zeit verlieren – JA zum CO<sub>2</sub>-Gesetz

**Langsam sollte es allen Menschen klar sein: Die Schweiz muss beim Klima- und Umweltschutz einen gehörigen Zacken zulegen. Am 13. Juni kommen gleich drei Vorlagen zur Abstimmung, welche hier einen Beitrag leisten. Zum einen geht es um das CO<sub>2</sub>-Gesetz, mit welchem die Schweiz bis 2050 Netto-Null erreichen will. Zum anderen um zwei Initiativen, die eine umweltnähere Landwirtschaft fördern wollen, die Pestizid- und die Trinkwasser-Initiative.**

*Von Priska Seiler Graf, SP-Nationalrätin, Kloten*

Um den Klimakollaps abzuwenden, hat sich die Schweiz zusammen mit anderen Ländern im Pariser Abkommen von 2015 dazu verpflichtet, den Ausstoss von Treibhausgasen bis zum Jahr 2030 auf 50 Prozent zu reduzieren. Der Bundesrat hat dieses Ziel im August 2019 ergänzt und will bis 2050 Netto-Null erreichen. Mit dem nun revidierten CO<sub>2</sub>-Gesetz werden in einem ersten konkreten und verbindlichen Schritt die bisherigen Reduktionsziele für die Treibhausgasemissionen verschärft und an das Pariser Klimaabkommen angepasst. Die Reduktion muss dabei zu mindestens 75 Prozent mit Massnahmen im Inland durchgeführt werden. Das Ziel ist, sich von den fossilen Energieträgern abzuwenden und vermehrt auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu setzen.

Die wichtigsten Bestandteile des Gesetzes sind: eine Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffe, verschärfte CO<sub>2</sub>-Zielwerte für Neuwagen, eine Erhöhung der Treibstoffaufschläge beim Benzin- und Dieselpreis, die Einführung einer Flugticket- und Privatflugabgabe, ein neuer CO<sub>2</sub>-Grenzwert bei Heizungsersatz, sowie eine Schaffung eines Klimafonds.

## Von einer breiten Allianz getragen

Das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz legt die Basis für die Umsetzung der Schweizer Klimaziele bis 2030. Es ist ein erster, aber entscheidender Schritt und ein klares Bekenntnis: Wir müssen jetzt handeln!

Eine breite Allianz von SP bis FDP hat im Parlament eine gut abgestützte und ausgewogene Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes erarbeitet. Diese breite Unterstützung sorgt dafür, dass wenigstens dieser erste Schritt so bald als möglich geschieht. Denn der Zeitdruck ist enorm, es gibt keine Zeit mehr zu verlieren!

Klar: Es gibt auch Stimmen, die sagen, dass das CO<sub>2</sub>-Gesetz noch zu wenig weit gehe und zu



*Für die Klimawende braucht es sowohl bei der Energiegewinnung wie beim Verkehr eine Abkehr von den fossilen Energieträgern. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz ein wichtiger Schritt in diese Richtung.*

schwache Massnahmen beinhalte. Aber es geht in die richtige Richtung, denn es enthält viele neue und gute Instrumente, die wir bei einem Nein wieder verlieren würden. Und aus sozialdemokratischer Sicht wichtig: Diese Instrumente wurden sozialverträglich ausgestaltet, etwa mit Rückerstattungen an die Bevölkerung, von denen Wenig-FliegerInnen und Haushalte mit einem tiefen Energieverbrauch profitieren.

## Für sauberes Trinkwasser

Um Umweltschutz geht es auch bei der Trinkwasser- und der Pestizidinitiative. Die Trinkwasserinitiative verlangt, dass Direktzahlungen an die Bauern nur noch geleistet werden unter der Voraussetzung eines ökologischen Leistungsnachweises. Dieser umfasst die Erhaltung der Biodiversität, eine pestizidfreie Produktion und einen Tierbestand, der mit dem auf dem Betrieb produzierten Futter ernährt werden kann. Landwirtschaftsbetriebe, die Antibiotika in der Tierhaltung prophylaktisch einsetzen oder deren Produkti-

onssystem einen regelmässigen Einsatz von Antibiotika nötig macht, wären künftig ebenfalls von Direktzahlungen ausgeschlossen.

Die Pestizidinitiative wiederum verlangt, dass der Einsatz von synthetischen Pestiziden in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege verboten wird. Auch die Einfuhr von Lebensmitteln, die synthetische Pestizide enthalten oder mit Hilfe solcher hergestellt worden sind, sollen verboten werden.

## Agrarpolitik braucht Druck

Die Agrarpolitik 2022+ wurde sowohl vom Ständerat wie auch Nationalrat auf die lange Bank geschoben. Die Bürgerlichen und Bauern wollen die Ökologisierung der Landwirtschaft verzögern bzw. nicht gesetzlich geregelt haben. Aus diesen Gründen ist es umso wichtiger, die beiden Initiativen zu unterstützen, um den Druck zu erhöhen, damit der ökologische Umbau der Schweizer Agrarpolitik endlich realisiert wird.

Städtische Abstimmung vom 13. Juni: JA zum Projektierungskredit Zeughaus

# «Was ist 'elitär' an einem Neujahrsball

**Am 13. Juni stimmt Uster über einen Kredit von 2,3 Millionen Franken ab, mit dem zwei Neubauten auf dem Zeughausareal projektiert werden können. Gegen diesen Beschluss des Gemeinderats hat die SVP das Referendum ergriffen. Worum geht es? Antworten von Stadtpräsidentin Barbara Thalmann.**

**FORUM:** Barbara Thalmann, worüber stimmen wir am 13. Juni ab, worüber nicht?

**Barbara Thalmann:** Es geht (noch) nicht darum, ob wir diese Gebäude bauen wollen. Sondern um einen Kredit, mit dem wir die Bauten konkret projektieren und die Kosten genauer bestimmen können. Erst dann, voraussichtlich 2023, wird eine neuerliche Volksabstimmung Ja oder Nein zur konkreten Ausführung sagen.

*Wofür braucht es überhaupt Neubauten?*

Wir planen keine neuen Räume oder Angebote, sondern Ersatzbauten für bestehende, die in der



**«Der Kostenrahmen ist für den Stadtrat verbindlich und wird eingehalten.»**

Barbara Thalmann,  
Stadtpräsidentin

Stadt verstreut sind und dort nicht bleiben können: Der Mietvertrag für das heutige Kulturhaus Central mit Kleinkunsthöhne und Kino läuft definitiv aus. Und sowohl dort wie im heutigen Stadthofsaal sind die Raumverhältnisse und die Infrastrukturen beengt und ungenügend. Baulich und energetisch bestünde dringender Erneuerungs- und Sanierungsbedarf. Beides zwingt uns zum Handeln und eröffnet die Chance, diese zwei wichtigen Veranstaltungsorte auf dem Zeughausareal zu konzentrieren.

*Könnte man nicht die riesigen Zeughäuser dafür nutzen?*

Nein, sie stehen unter Schutz und können nicht beliebig verändert werden. Ein Saal für 700 Personen mit Bühne wäre darin niemals machbar. Auch Kino- und Theateräume sind in Neubauten einfacher und kostengünstiger möglich. Diese Neu-

bauten werden «angedockt» ans Zeughaus K2 und werden die grosse Fläche zwischen den Zeughäusern gliedern; im Erdgeschoss des K2 werden die zugehörigen Foyers, Garderoben, Sanitär und Gastro untergebracht. Hinzu kommen die energetische Sanierung des K2 und eine Parkgarage.

*Wie ist es überhaupt zur heutigen Abstimmungsvorlage gekommen?*

2009 hat das Volk mit 70 Prozent Ja-Stimmen entschieden, dass auf der einen Hälfte des Zeughausareals ein Kultur- und Begegnungszentrum entwickelt werden soll. Darauf wurde ein entsprechender Gestaltungsplan entwickelt; er legt fest welche Neubauten und Nutzungen in welchen Dimensionen auf dem Areal grundsätzlich möglich sind.

2016 hat eine weitere Volksabstimmung diesen Plan erneut sehr deutlich angenommen. Darauf konnte die Stadt die Hälfte des Areals von der Armassuisse erwerben und hat damit auch die «Hoheit» über die Zwischennutzung und Entwicklung der Räume und Flächen erlangt.

Für die nun geplanten Neubauten wurde in einem breiten Mitwirkungsprozess mit Mitgliedern des Gemeinderats und interessierten Personen das Raumprogramm erarbeitet: ein grosser Saal, eine kleine Bühne, zwei kleine Kinosäle, ein Ausstellungsraum und ein Restaurant. Im Januar 2018 hat der Gemeinderat dieses Programm fast einstimmig (30 zu 3 Stimmen) verabschiedet. Dieser Beschluss bildete die Grundlage für den Architek-

turwettbewerb. Im Juni stimmen wir nun ab über die Projektierung des siegreichen Vorschlags.

*Die Gegner des Kredits sagen, die geplanten Bauten würden den Kostenrahmen sprengen. Stimmt das?*

Nein, das stimmt nicht. Offenbar erinnern sich nicht mehr alle Gemeinderatsmitglieder an ihren damaligen Beschluss oder sie waren damals noch nicht dabei. Sie haben einen Richtwert von



**«Vereinsversammlung, Aktionärs-GV, Rockkonzert, Poetry Slam, Platz zum Verweilen - JA zum Begegnungszentrum!»**

Rolf Heckendorn,  
Mitorganisator H2U,  
Geschäftsleiter  
IT-Dienstleistungen

20 Mio. Franken zulasten der Stadt, also abzüglich von Beiträgen z.B. des Kantons und ohne Parkierung, verlangt – und dieser wird mit dem vorliegenden Projekt eingehalten und sogar etwas unterschritten. Letzte Gewissheit gibt uns aber erst die Detailprojektierung!

Fakt ist: Der Kostenrahmen ist für den Stadtrat verbindlich und er wird auch eingehalten. Es wird



Das Zeughaus ist ein Ort für alle Menschen, von KonzertbesucherInnen bis hin zu den TeilnehmerInnen eines Gross-Picknicks.

# oder einem Abend mit Mike Müller?»



Das Zeughausareal soll mit dem Kultur- und Begegnungszentrum zu einem identitätsstiftenden Ort für Uster werden.

nur gebaut, was sich die Stadt leisten kann; die nötigen Beträge sind in der Finanzplanung für die kommenden Jahre aufgeführt.

*Könnte das Projekt allenfalls etappenweise umgesetzt werden, um Geld zu sparen?*

Eine solche Möglichkeit kann im Rahmen der Projektierung geprüft werden – wenn wir den Projektierungskredit erhalten. Auch zu verschiedenen Parkplatzzahlen in einer Tiefgarage wird die Projektierung Varianten prüfen.

*Weiter sagt das Referendumskomitee, das Zeughausareal sei mit diesem Projekt nicht mehr «für alle», sondern elitär.*

*Was sagst Du zu diesem Vorwurf?*

Das ist demagogisch! Die neuen Veranstaltungsräume werden gebaut für eine ganz breite Palette von Nutzungen: Vereinsanlässe, Unterhaltung, Feste, städtische Anlässe, den Neujahrsball, Kul-



**«Mit dem KUZU stärkt sich Uster als Regionalzentrum. Davon werden Bevölkerung und Wirtschaft profitieren.»**

*François With, Präsident KGU, ehem. Wirtschaftsförderer*

tur- und Wirtschaftsveranstaltungen, Jugend-events und nicht zuletzt für die Schülerinnen und Schüler des nahen Bildungszentrums, welches über keine genug grosse Aula verfügt.

Das Zeughausareal ist schon heute ein Treffpunkt für alle mitten im Stadtzentrum und wird das auch in Zukunft bleiben! Hier finden Public-Viewings,

Kunstaussstellungen, Street-Food-Festivals, Open-Air-Konzerte oder Parteiveranstaltungen von SVP, FDP und SP statt. Es ist und bleibt ein öffentlicher Begegnungsort für die ganze Stadt!

*Was passiert bei einem Nein zum Kredit?*

Dann stehen wir nach einem breit abgestützten und fruchtbaren Prozess wieder bei Punkt Null. Für das Kulturhaus Central gibt es keinen Ersatz, der Stadthofsaal bleibt am alten Ort, muss teuer saniert werden und blockiert eine Entwicklung, die der Stadt neue finanzielle Erlöse brächte.

*Kurz zusammengefasst: Warum braucht es ein JA zu dieser Vorlage?*

Das Zeughausareal ist eine einzigartige Chance für die Stadt- und Zentrumsentwicklung. Es ist super gelegen und ein toller Begegnungsort für die Bevölkerung, auch für Junge. Mit den Neubauten wird es noch an Kraft gewinnen!

Städtische Abstimmung vom 13. Juni: JA zur Baulinie Breitackerstrasse

# Ein kleiner, aber wichtiger Schritt in Richtung Velostadt

Seit 1984 ist eine Veloverbindung vom Spital über die Breitackerstrasse zur Nordseite des Bahnhofs eingetragen. Die Strasse ist teilweise ein Flurweg, auf einer kurzen Strecke eine Privatstrasse. Mit der Festsetzung einer Baulinie, die es übrigens entlang fast jeder Strasse gibt, soll nun sichergestellt werden, dass der Veloweg vom Spital zum Bahnhof auch langfristig dort durchführen kann – ein kleiner Schritt in Richtung Velostadt.

Von Balthasar Thalmann, SP-Gemeinderat

Es ist eine Seltenheit, dass eine Baulinienvorlage so viel zu reden gibt. Worum geht es überhaupt? Seit 1984 ist im Richtplan der Stadt Uster festgelegt, dass der Radweg vom Spital hin zum Bahnhof durch die Breitackerstrasse führen soll. Dies wurde aber noch nie umgesetzt. Die Strasse ist heute teilweise noch ein Flurweg und teilweise im Privateigentum mehrerer Anwohnerinnen und Anwohnern. Mit einer Baulinie, die es entlang der meisten Strassen gibt, kann sich die Stadt ihre Rechte sichern. Und so kann die Strasse später ins Eigentum der Stadt überführt werden. Das ist gerade bei so komplizierten Eigentumsverhältnissen, wie wir es an diesem Ort vorfinden, richtig und wichtig. Und es kann garantiert werden, dass der Veloweg auch in Zukunft als solcher zur Verfügung steht. Die Stadt kann alle nötigen Anordnungen zum Beispiel für die Sicherheit der Velofahrenden treffen und ist für den Winterdienst verantwortlich. Für mich ist klar: Wenn ein öffentliches Interesse besteht, dann soll die Stadt auch die entsprechenden Rechte und Pflichten an den Strassen erhalten und übernehmen.

## Sichere Velowege sichern

Diese Linienführung der Veloverbindung vom Spital zum Bahnhof wurde kürzlich überprüft und es wurde festgestellt, dass sie auch heute noch die richtige ist. Es gibt also keinen Anlass von dieser Führung der Veloroute abzusehen. Das Referendumskomitee sagt, man könne das Ganze auch anders regeln. Das stimmt – falls überhaupt – nur beschränkt und würde zu unheimlicher Bürokratie führen. Die Stadt müsste nämlich mit jeder Eigentümerin und jedem Eigentümer einen Vertrag abschliessen, in dem alles geregelt wird, was sonst in einem Gesetz für alle gleich geltend schon festgeschrieben ist. Das ist kompliziert. Kein Wunder konnte in den letzten Jahren auf diesem Weg keine Einigung erzielt werden. Es ist deshalb folge-



richtig, dass nun die Baulinien festgesetzt werden und die Breitackerstrasse wie jede andere Strasse behandelt wird. Damit wird Klarheit, Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit geschaffen.

## Eigentümerschaft erhält mehr Spielraum

Natürlich ist die Vorlage ein Eingriff ins Privateigentum. Dieser Eingriff ist aber überschaubar,

umso mehr als dass die Bebauungsmöglichkeiten der angrenzenden Parzellen nicht eingeschränkt werden – im Gegenteil, die Eigentümerschaft erhält sogar mehr Spielraum. Damit ist dieser Eingriff ins private Eigentum verhältnismässig und richtig. Und das Wichtigste: Es wird etwas für eine sichere Velostadt auch in Zukunft gemacht. Daher ist ein JA zur Vorlage die logische Sache.

## Es geht vorwärts mit der Veloförderung

Die SP Uster setzt sich seit vielen Jahren für die Veloförderung ein. Und der Stadtrat hat diesbezüglich nun auch einen Gang höher geschaltet. So wurden 2020 an der Seestrasse, der Gschwaderstrasse und Sonnenbergstrasse drei Kilometer Radweg neu markiert. Im Herbst 2021 soll es mit dem Bau des Veloweges nach Freudwil losgehen und im Rahmen der Sanierungsarbeiten des Kantons an der Aathalstrasse wird der Veloweg bis zur Ottenhauserstrasse verlängert. Der Bahnweg nach Werrikon soll neu eine Beleuchtung erhalten

und an der Oberlandstrasse sollen Veloschwachstellen behoben werden. Auf Initiative der Stadt gibt es an vier – bald fünf – Orten Cargo-E-Velos für den Warentransport zu mieten. Das wohl wichtigste Projekt läuft aber aktuell an der Brandstrasse: In einem Testbetrieb wird zusammen mit der Kantonspolizei ausprobiert, wie sich beidseitige Velowege auf einer schmalen Fahrbahn bewähren. Verläuft der Test positiv, eröffnet das im urbanen Gebiet, wo der Platz oft knapp ist, neue Möglichkeiten für die Veloförderung.

Kantonale Abstimmungen: JA zur Volksinitiative «Raus aus der Prämienfalle»

# Der drückenden Prämienlast begegnen

**Die kantonale Volksinitiative «Raus aus der Prämienfalle», lanciert von der Mitte-Partei, will den Kantonsbeitrag für die Individuelle Prämienverbilligung (IPV) von mindestens 80 Prozent auf mindestens 100 Prozent des Bundesbeitrags erhöhen. Auch wenn wir erst mit der nationalen «Prämien-Entlastungs-Initiative» der SP aus der Prämienfalle heraus finden werden, so ist diese kantonale Initiative ein Schritt in die richtige Richtung.**

Von Esther Straub, SP-Kantonsrätin, Zürich

1994 wurde die Individuelle Prämienverbilligung (IPV) als Korrektiv zu den ungerechten Kopfprämien eingeführt. Erklärtes Ziel des Bundesrats war es damals, die Krankenkassenprämien für untere und mittlere Einkommen in dem Masse zu verbilligen, dass kein Haushalt mehr als 8 Prozent seines Einkommens für Krankenkassenprämien aufwenden muss. Mittlerweile haben sich die Prämien mehr als verdoppelt. Die Prämienverbilligungen stiegen im selben Zeitraum jedoch nur gerade um 40 Prozent. Die immer grösser werdende Differenz wird von der niedrigen Lohnentwicklung nie und nimmer wettgemacht.

## Zweithäufigster Grund für Schulden

Das Resultat dieser dramatischen Entwicklung: Ein immer kleinerer Teil der Bevölkerung erhält Geld aus dem Prämienverbilligungstopf und wird immer weniger entlastet. Bis zu 20 Prozent ihres Einkommens wenden Haushalte mit niedrigen Einkommen heute für Krankenkassenprämien auf. Es verwundert nicht, dass die Prämienlast der zweithäufigste Grund für Schulden ist und zu den grössten Sorgen der Bevölkerung gehört.

Ein Teil der Prämienverbilligung wird den Berechtigten vom Bund ausgerichtet, der Kanton budgetiert seinen Beitrag in Relation zum Bundesbeitrag. 2012 senkte der Kanton Zürich im Rahmen einer Sparübung den Kantonsanteil von 100 Prozent auf 80 Prozent. 2019 forderte ein Postulat der SP erfolgreich, die Einkommensgrenze, die zum Bezug von Kin-

derprämienverbilligungen berechtigt, zu erhöhen, ohne andere IPV-Beziehende schlechter zu stellen. Seit 2020 beträgt der Kantonsbeitrag deshalb immerhin 92 Prozent des Bundesbeitrags.

Eine Erhöhung des Kantonsanteils auf mindestens 100 Prozent bedeutet, dass der Kanton zusätzlich 40 Millionen Franken für Prämienverbilligungen zur Verfügung stellt. Damit wird für viele Haushalte die untragbare Last der Krankenkassenprämie gedämpft.

## Wichtige SP-Initiative kommt noch

Aus der Prämienfalle heraus werden wir allerdings erst mit der nationalen «Prämien-Entlastungs-Initiative» der SP gelangen. Sie verlangt, dass kein Haushalt mehr als 10 Prozent seines Einkommens für Krankenkassenprämien aufwenden muss. Was darüber ist, bezahlen Bund und Kanton. Das bedeutet einen Systemwechsel weg vom begrenzten Prämienverbilligungstopf hin zu einem garantierten Anspruch auf IPV und zur Überwindung des unfairen Kopfprämiensystems.

Bis die 10 Prozent-Initiative der SP zum Durchbruch kommt, ist es jedoch wichtig, den Prämien-

verbilligungstopf mit möglichst hohen Beiträgen zu füllen und so die unteren und mittleren Einkommen zu entlasten. Die heute viel zu niedrige IPV trifft ausgerechnet jene Einkommen, die nun in der Corona-Krise erneut massiv unter Druck geraten sind. Das können wir nicht zulassen. Deshalb JA zur Volksinitiative «Raus aus der Prämienfalle».

## Mehr Geld für Familien

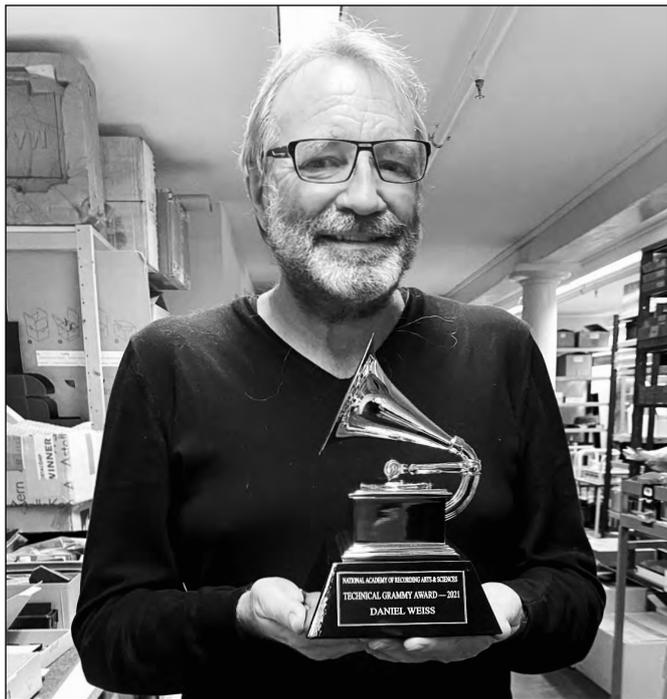
Am 13. Juni gelangt noch eine weitere sozialpolitische Volksinitiative zur Abstimmung: Die Initiative «Mehr Geld für Familien» verlangt, die Höhe der Familienzulagen auf mindestens 150 Prozent der bundesrechtlich vorgeschriebenen Mindestansätze festzulegen. Neu sollen Kinderzulagen also mindestens 300 Franken und Ausbildungszulagen mindestens 375 Franken betragen. Ein berechtigtes Anliegen: Obwohl Zürich der wirtschaftlich stärkste Kanton ist, bildet er zurzeit bei den Kinderzulagen das Schlusslicht. Ein Gegenvorschlag der SP zur Initiative fand im Kantonsrat leider keine Mehrheit, und so empfiehlt die SP nun, auch diese Initiative zu unterstützen.



*Immer mehr Familien mit tiefen und mittleren Einkommen müssen für die Krankenkassenprämien das Sparschwein schlachten. Das soll in Zukunft nicht mehr nötig sein.*

Grammy-Award-Gewinner aus Uster

# Hohe Ehrung für Dani Weiss



*Hohe Ehre für SP-Mitglied Dani Weiss: Er hat für sein Lebenswerk den «Technical Grammy Award» erhalten.*

Am 14. März 2021 wurde dem Ustermer Elektroingenieur Daniel «Dani» Weiss für sein Lebenswerk den «Technical Grammy Award» verliehen. Das ist gewissermassen der Oscar für Tonbearbeitungen. Dani Weiss sei «one of the true pioneers of digital technology» begründete die Recording Academy in Los Angeles ihre Entscheidung. Seine weltweit erfolgreiche «Weiss Engineering Ltd» ist ein Ustermer High-Tech-KMU. Dani Weiss ist seit vielen Jahren Mitglied der SP Uster. Wir gratulieren ihm und seiner achtköpfigen Belegschaft herzlich!

Wenn es um die digitale Bearbeitung von Tonaufnahmen geht, finden sich Geräte aus Uster weltweit in vielen Tonstudios. Zur Kundschaft zählen so berühmte Namen wie Herbie Hancock, Céline Dion oder Dweezil Zappa, Sohn von Frank Zappa. Und unter früheren Preisträgern des Technical Grammy stossen wir auf die Firma Apple oder die Erfinder-Legende Thomas Edison.

*Fachlich Interessierte erfahren mehr auf [www.weiss.ch](http://www.weiss.ch)*

## Abstimmungsparolen für den 13. Juni 2021

### STÄDTISCHE ABSTIMMUNGEN UND WAHLEN

**JA zum Projektierungskredit Kultur- und Begegnungszentrum**  
*(siehe Interview Seiten 4 und 5)*

**JA zur Verkehrsbaulinie Breitackerstrasse**  
*(siehe Artikel Seite 6)*

**JA zur Statutenrevision Gruppenwasserversorgung Oberes Glatttal**

**JA zur Statutenrevision Gruppenwasserversorgung Vororte und Glatttal**

**Eveline Fuchs als Friedensrichterin für Uster**

### KANTONALE ABSTIMMUNGEN

**JA zur Volksinitiative Raus aus der Prämienfalle**

**JA zur Volksinitiative Mehr Geld für Familien**  
*(zu beiden Vorlagen siehe Artikel Seite 7)*

**JA zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Geldspiele**

### EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN

**JA zum CO<sub>2</sub>-Gesetz**

**JA zur Volksinitiative für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung**

**JA zur Volksinitiative für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide**  
*(zu allen drei Vorlagen siehe Artikel Seite 3)*

**JA zum Covid-19-Gesetz**

**NEIN zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus**

